NRW
DIE FRAKTION
SPD

Anja Butschkau MdL
Wahlkreis: Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund
Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Newsletter März 2018

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,

wir feiern in diesem Jahr „100 Jahre Frauenwahlrecht“. Ein Jubiläum, das in den letzten Wochen rund um den Internationalen Frauentag in der Öffentlichkeit sehr präsent war. Das Frauenwahlrecht war ein Verdienst, den wir Sozialdemokrat*innen federführend in die Wege geleitet haben. Und auch heute sind wir Sozialdemokrat*innen weiterhin gefordert: denn nach wie vor sind Frauen in der Politik unterrepräsentiert. Das thematisieren wir als SPD-Landtagsfraktion mit einem Antrag im Landtag. Zehn Tage nach dem Frauentag fand der Equal Pay Day statt. Auch beim Thema Entlohnung haben wir noch lange keine Gleichstellung erreicht. Der ein oder andere von Euch/Ihnen hat sicherlich von meiner Kaktus-Aktion rund um die beiden Tage gehört.
Darüber hinaus ist seit dem letzten Newsletter auch sonst noch viel passiert. Ich wurde zur AfA-Landesvorsitzenden gewählt, wir haben unser Büro neu aufgestellt und nach der Haushaltsdebatte im Januar ist der Landtag wieder stärker in die fachpolitische Arbeit eingestiegen. Egal ob Kita-Finanzierung, die Diskussion um G8 und G9 an den Gymnasien oder die Zukunft der Ganztagsschulen: wichtige Schwerpunkte unserer Arbeit bleiben bildungs- und jugendpolitische Themen.
Mehr dazu in diesem Newsletter. Ich wünsche Ihnen/Euch viel Spaß beim Lesen und wünsche ein frohes Osterfest!

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Landesregierung wie immer planlos – auch beim Thema Diesel-Fahrverbote

Drohen den Städten im Land nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts Fahrverbote? Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um dies zu verhindern? Das waren die Fragen, die in der letzten Woche im Rahmen einer Unterrichtung der Landesregierung an den Landtag im Raume standen. Leider wurden sie nicht beantwortet. Zwar vertritt Ministerpräsident Laschet die Rechtsauffassung, dass Dieselfahrverbote unverhältnismäßig und damit rechtswidrig seien, notfalls wolle er dies auch per Weisung an die Bezirksregierungen durchsetzen. Doch diese Meinung alleine ist zu wenig, es müssen konkrete Taten folgen. Es geht darum, die hohe Schadstoffbelastung in den Städten rasch und deutlich zu senken. Gerade in Nordrhein-Westfalen gibt es viele Städte, die erst recht nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in der Pflicht stehen, die Stickoxidwerte zum Teil drastisch zu reduzieren. Dabei brauchen sie die Hilfe des Landes. Wenn Ministerpräsident Laschet jetzt das Instrument des Fahrverbots generell ausschließt, muss er andere Maßnahmen vorschlagen. Was er in der Unterrichtung vorgestellt hat, reicht vorne und hinten nicht aus, um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Es gibt kein Konzept und keine Koordination innerhalb der Landesregierung.

Landesregierung entfesselt die Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer*innen

Entfesselungspaket I nennt sich ein Bündel an Gesetzesinitiativen der Landesregierung, um Gesetze von Rot-Grün abzuwickeln. Darunter fallen z.B. die Abschaffung der Hygiene-Ampel oder die Aufweichung des Tariftreue- und Vergabegesetzes. Kernstück ist aber die Überarbeitung des Ladenöffnungsgesetzes. Das bisherige Ladenöffnungsgesetz bietet aus Sicht der SPD ausreichend Möglichkeiten für Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen. Das Gesetz war Basis für einen konstruktiven Dialog zwischen Gewerkschaften, Einzelhandel und Kommunen. Diesen Dialog hat die Mitte-Rechts-Koalition aufgegeben und will nun die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten unter Verletzung des verfassungsrechtlich gebotenen Sonntagschutzes durchsetzen. Zusätzliche Öffnungen an Sonn- und Feiertagen belasten die Beschäftigten und bringen im Wettbewerb mit 24 Stunden und an 365 Tagen geöffneten Online-Angeboten keine Vorteile. Zudem drohen den Kommunen weiter zahlreiche Klagen. Durch den einseiti-

gen Abbruch des Dialogs durch die Landesregierung rückt ein Rechtsfrieden in weite Ferne. Bei Ministerpräsident Laschet, der selten müde wird, die christlichen Wurzeln seiner Partei zu betonen, steht die christliche Sonntagsruhe hinter der ideologischen Marktentfesselung zurück.

Weiter Ungewissheit für Schüler*innen in Sachen G8/G9

Die Schulkonferenzen der Gymnasien entscheiden in diesem Herbst über ihre zukünftige Form. Viele Eltern wissen jetzt bei der Anmeldung noch nicht, ob sich das Gymnasium für G8 oder G9 entscheiden wird.

Auf der einen Seite freue ich mich für die zukünftigen Schüler*innen an unseren Gymnasien, dass wieder mehr Zeit zum Lernen zur Verfügung steht. Ich hätte mir aber gewünscht, dass eine klare Entscheidung zur Rückkehr zu G9 für alle Gymnasien getroffen worden wäre. Aus Sicht der SPD bliebe dann Zeit genug, eine Reform der Oberstufe zu entwickeln, welche die Absolvierung des Abiturs nach zwei oder drei Jahren ermöglicht. Es ist eine große Enttäuschung, dass die Schulrechtsänderung sich nur auf die aktuellen dritten und vierten Klassen bezieht. Die Eltern und Kinder, die demonstriert und für G9 gekämpft haben, profitieren nicht von der Reform.

Zudem weiß die schwarz-gelbe Landesregierung immer noch nicht, welche Mehrkosten auf die Kommunen durch die Rückkehr zu G9 zukommen. Rückmeldungen der Kommunen liegen der Kommunalministerin noch nicht vor, obwohl es bereits eine Abfrage bei den Städten und Gymnasien gegeben haben soll. Der Landtag hat nun also die Rückkehr zu G9 beschlossen, obwohl sich die Klagen der Städte und Gymnasien hinsichtlich der zu erwartenden Kosten und Raumbedarfe häufen. Ein Gesetz zu verabschieden, ohne die Kosten zu kennen, ist nicht seriös. Die Kommunen werden sich damit nicht zufrieden geben.

Steuerhinterziehung wird wieder leichter

Unser ehemaliger Finanzminister Norbert Walter-Borjans sorgte europaweit für Aufsehen im Kampf gegen Steuerhinterziehung. Die „Steuer-CDs“, die er über die Jahre erwarb, erhöhten den Druck auf Steuerhinterzieher enorm und führten zu einer Flut an Selbstanzeigen und Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe.

Es ist wenig verwunderlich, dass die neue Landesregierung diese Praxis nicht weiterführt, ist es doch die Klientel der FDP, auf die der Druck erhöht wurde. Gerade zu skandalös ist jedoch, was in der Steuerfahndung in Wuppertal ablief. Zwei der wichtigsten und erfahrensten Steuerfahnder bundesweit haben ihren Job quittiert und sind in die Privatwirtschaft gewechselt. Nach dem Regierungswechsel wurde ihre Arbeit durch zahlreiche Schikanen behindert. Dieser Vorfall führte im Januar zu einer Sondersitzung des Haushalts- und Finanzausschusses im Landtag.
Es wurden eklatante Widersprüche zwischen CDU und FDP hinsichtlich des zukünftigen Verfahrens zum Kauf von Steuer-CDs deutlich. Während die FDP behauptet, dass vor CD-Ankäufen im Kabinett darüber gesprochen werden müsse, behauptet Finanzminister Lienenkämper, dass er darüber alleine entscheiden könne. Hier gibt es Streit in der Koalition. Dies ist besonders problematisch, weil sich die FDP deutschlandweit als Schutzpatron von Steuerhinterziehern profiliert. Schwere Zeiten für Steuergerechtigkeit.

Sozialer Wohnungsbau: Landesregierung verlagert Schwerpunkt auf Eigenheimförderung

Die öffentliche Wohnraumförderung in NRW, die Ministerin Scharrenbach Anfang Februar vorgestellt hat, ist unambitioniert und geht an der Realität vorbei. Das bedeutet in Zahlen: Pro Jahr 300 Millionen Euro weniger Fördervolumen. Bis zum Jahr 2022 werden der Förderung damit 1,5 Milliarden Euro entzogen. Das macht deutlich: Priorität hat der Kampf für mehr bezahlbares Wohnen bei der Mitte-Rechts-Regierung nicht. Das ist eine Kapitulation vor den großen Herausforderungen beim Wohnungsbau. Schon die Förderzahlen 2017 machen deutlich, dass diese Re-

gierung die soziale Wohnungspolitik vor die Wand fährt. Der soziale Wohnungsbau ist gegenüber dem Jahr 2016 eingebrochen. Ursache: die von der Mitte-Rechts-Koalition selbst geschaffene Verunsicherung bei Investoren und Bauherren durch das Aussetzen der Landesbauordnung 2016.
Bis zum Jahr 2020 besteht laut Wohnungsmarktbericht der NRW.Bank ein Bedarf von 400.000 neuen Wohnungen in Nordrhein-Westfalen. Das Ziel wird die neue Regierung klar verfehlen. Die bisherige Spitzenposition von Nordrhein-Westfalen beim öffentlich geförderten Wohnungsbau droht die Mitte-Rechts-Koalition zu verspielen. Ein Abstieg von der Champions League in die Kreisklasse scheint unvermeidbar. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Mietwohnungsbau in Nordrhein-Westfalen. Die Wohnungsnot muss entschlossen bekämpft werden. Warum dann die Förderung des Geschosswohnungsbaus um 200 Millionen Euro pro Jahr gekürzt wird, bleibt das Geheimnis von Frau Ministerin Scharrenbach. Warum es beim studentischen Wohnen trotz des enormen Mehrbedarfs unverändert bei 50 Millionen Euro jährlich bleibt, ebenfalls. Der ideologische Irrweg der Mitte-Rechts-Landesregierung wird komplett, wenn gleichzeitig verkündet wird, dass die Eigenheimförderung kräftig angehoben werden soll. Dort besteht nachweislich gar keine Nachfrage nach Förderung und auch keine Notsituation, wie bei bezahlbaren Mietwohnungen. Für die zehn Millionen Menschen, die in NRW in immer teurer werdenden Mietwohnungen leben, ist diese Politik ein Schlag ins Gesicht.

100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland - Würdigung der Errungenschaften und zugleich Selbstverpflichtung zur Stärkung der Frauenrechte

Zum Internationalen Frauentag am 8. März haben auch in diesem Jahr wieder viele Frauen ihre Stimme erhoben, um auf die Ungleichbehandlung von Frauen und Männern hinzuweisen und für Frauenrechte und Gleichstellung einzutreten. Noch immer werden Frauen ungleich bezahlt: die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern beträgt 21 Prozent. Das heißt: Wir Frauen müssten durchschnittlich 77 Tage im Jahr länger arbeiten müssen, um auf das durchschnittliche Gehalt eines Mannes zu kommen. Ein Missstand, den wir nicht nur zum Equal Pay Day, der in diesem Jahr am 18. März stattfand, thematisieren dürfen.

Aber auch politisch sind Frauen deutlich unterrepräsentiert. „Heraus mit dem Frauenwahlrecht", so lautete das Motto des ersten Internationalen Frauentags von 1911. Weitere sieben Jahre später war es dann soweit: Dank des engagierten Einsatzes starker sozialdemokratischer Frauen wie Marie Juchacz, wurde im November 1918 das Wahlrecht für Frauen eingeführt. Frauen durften fortan nicht nur wählen, sondern auch selbst für ein politisches Mandat kandidieren. Ein Meilenstein der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Wir sind heute - 100 Jahre später - immer noch von einer zufriedenstellenden Gleichstellung in der Politik weit entfernt. In den kommunalen Parlamenten in Nordrhein-Westfalen sind gerade einmal 30 Prozent der Mandate mit Frauen besetzt. Von 327 Bürgermeister/-innen sind lediglich 49 weiblich und von 28 Landräten und Landrätinnen gerade einmal zwei.

Oft lassen sich Mandat, Familie und Beruf nur schwer miteinander vereinbaren. Netzwerkkompetenzen, geschlechtsstereotypische Rollenbilder und die gelebte Gleichstellungskultur in den

Parteien spielen eine bedeutende Rolle dabei, wie stark Frauen von Frauen in der Politik vertreten werden. Mit dem Erstarken des Rechtspopulismus und dem damit einhergehenden gesellschaftlichen Wandel entsteht zudem der Eindruck, dass Frauenrechte wieder verhandelbar seien oder sogar in Gänze in Frage gestellt würden.
Die SPD-Landtagsfraktion macht die politische Partizipation von Frauen im Rahmen des Jahresjubiläums zu ihrem Schwerpunkt. Denn die Interessen von Frauen werden in der Politik immer noch am besten durch Frauen selbst vertreten. Am 17. Januar haben wir hierzu einen Antrag in den Landtag eingebracht. Wir fordern die Weiterentwicklung von politischen Maßnahmen, um den Frauenanteil in den Kommunalparlamenten zu steigern und die Vereinbarkeit von Familie und Mandat zu verbessern. Um dieses Anliegen verwirklichen zu können, arbeiten wir an einer fraktionsübergreifenden Lösung und entwickeln zurzeit den Antrag zusammen mit der CDU, Grünen und FDP zu einem fraktionsübergreifenden Antrag aller demokratischen Fraktionen weiter.
Ich war rund um Frauentag und Equal Pay Day viel unterwegs, um für die Gleichstellung von Frauen zu kämpfen. In allen drei Stadtbezirken in meinem Wahlkreis war ich mit einem Infostand vor Ort und habe als kleine Erinnerung an die Frauen, für ihre Rechte zu kämpfen, stachelige Kakteen verteilt.

Mein Video-Statement zum Internationalen Frauentag: https://youtu.be/Z8oULoHCLA8

Stark für Frauen

Die Autonomen Frauenberatungsstellen in Nordrhein-Westfalen haben im Landtag ihre neue Kampagne „Stark für Frauen“ vorgestellt. Die Beratungsstellen leisten sehr wichtige Arbeit, um Frauen in schwierigen Lebenslagen zu unterstützen. Daher haben wir SPD-Abgeordneten den Kampagnenstand besucht und unterstützt. Frauenberatungsstellen, z.B. in Dortmund, beraten und unterstützen Frauen, die Erfahrungen mit Gewalt - egal ob im häuslichen Umfeld, im Internet oder durch sexualisierte Gewalt - erfahren haben. Leider kennen immer noch viel zu wenige Frauen, die betroffen sind, dieses Hilfsangebot. Die Dunkelziffer ist hoch. Dem will die Kampagne entgegenwirken.

Die Digitalisierung wird weitreichende Auswirkungen auf unsere Arbeitswelt haben

Eines der Zukunftsthemen unserer Gesellschaft ist die fortschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft. Sie ist bereits im Gange und wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten mit vielen weiteren Neuerungen in unserem Leben aufwarten. Ein Bereich, der besonders davon betroffen sein wird, ist die Arbeitswelt. Das macht die SPD-Landtagsfraktion zu ihrem Thema. Im März haben wir Fachleute zu einem Landtagstalk eingeladen, um über die Zukunft der Arbeitswelt zu diskutieren. Zurzeit bereiten wir zudem die Einsetzung einer Enquete-Kommission zu dem Thema vor, an der ich mich beteiligen werde. Wir wollen wissen, wie sich die Digitalisierung auf die soziale Marktwirtschaft und die Arbeitswelt auswirken wird und welche Schritte getan werden müssen, um die Rechte von Arbeitnehmer*innen und die betriebliche Mitbestimmung zu stärken. Welche Schritte müssen gegangen werden, um durch Weiterbildung, Qualifizierung und Forschung Arbeitnehmer*innen auf den Wandel vorzubereiten. Mir persönlich geht es auch noch einmal darum, Wege zu finden, gerade Frauen vor den negativen Auswirkungen zu schützen. Wir wollen wissen, wie sich die Digitalisierung auf den sozialen und pflegerischen Sektor und den Einzelhandel, in denen überwiegend Frauen - oftmals in Teilzeit – arbeiten, auswirken wird.

Es gibt aber auch bereits jetzt Handlungsbedarf. Mit dem Arbeitszeitgesetz werden Höchstgrenzen für die tägliche Arbeitszeit und Mindestdauer von Ruhezeiten und Pausen geregelt. Die Sozialpartner können davon abweichende Regelungen vereinbaren. Die Mitte-Rechts-Koalition hält das Arbeitszeitgesetz vor dem Hintergrund der Digitalisierung für nicht mehr zeitgemäß und will es durch eine Initiative im Bundesrat entkernen. Als zukünftiger Maßstab soll Beschäftigten nur die EU-Arbeitszeitrichtlinie dienen, die eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden vorsieht. Die Richtlinie enthält keinerlei Vorgaben zur täglichen Arbeitszeit. Das lehnt die SPD-Fraktion ab. Mit einem Antrag im Plenum haben wir im Januar die Landesregierung dazu aufgefordert, die Digitalisierung der Arbeitswelt so zu gestalten, dass die Schutzfunktion des Arbeitsrechts nicht geschwächt wird.

Neue Vorsitzende der NRWAfA

Am 27. Januar tagte die Landeskonferenz der AfA, um einen neuen Landesvorstand zu wählen. Armin Jahl hat nicht erneut als Vorsitzender kandidiert. Für seine Arbeit der letzten Jahre danke ich ihm als seine Nachfolgerin sehr, denn die AfA hat während seiner Führung stets wichtige inhaltliche Inputs an die Landesparteitage geliefert.

Nun hat die AfA-Landeskonferenz mich in Gelsenkirchen zur neuen Vorsitzenden gewählt. Ich möchte mit meinem Vorstand einen Beitrag zur Erneuerung der SPD leisten. Die SPD muss wieder stärker die Interessen der Arbeitnehmer*innen vertreten. Gerade bei den Arbeiter*innen sind viele bei den Wahlen in Richtung AfD abgewandert. Wir waren in den Wahlkämpfen der letzten

Jahren viel zu selten vor den Werkstoren unterwegs. Das nehmen die Kolleg*innen in NRW und deutschlandweit wahr.
Wir müssen die AfA breiter aufstellen. Ich möchte eine Inventur durchführen und schauen, wo im Land weiße Flecken auf der Landkarte sind. Wir wollen mehr junge Genoss*innen für ein Engagement in der AfA motivieren. Dass das Interesse in dieser Altersgruppe da ist, sehe ich an meinem Landesvorstand, in dem viele junge Genoss*innen aktiv sind. Wir müssen zukünftig auch eine breitere Zielgruppe ansprechen. Oft sind die Aktiven in der AfA Mitarbeiter*innen in den Stadtverwaltungen oder bei den städtischen Unternehmen. Wir müssen aber auch die Angestellten im Einzelhandel oder in der Pflege oder Handwerker erreichen. Und wenn dies nicht mit AfA-Betriebsgruppen möglich ist, dann eben mit Branchenbetriebsgruppen.

Die Themen, mit denen sich die AfA beschäftigen muss, sind vielfältig. Wir müssen diskutieren, wie betriebliche Mitbestimmung in der Zukunft funktionieren kann, obwohl immer mehr Betriebe aus der Sozialpartnerschaft austreten, Konzerne internationaler werden oder vom Ausland her in Deutschland Fuß fassen. Wir müssen für den Erhalt unserer Mitbestimmungskultur in Deutschland kämpfen.
Wir werden uns mit der Zukunft der Arbeitswelt in Zeiten von Digitalisierung und Internationalisierung beschäftigen müssen, überlegen, wie man mehr Ausbildungsplätze schaffen und den Fachkräftemangel senken kann. Wir brauchen eine zukunftssichere Altersvorsorge und stehen immer noch vor der Herausforderung, die Gleichstellung von Frauen und Männern bei Entlohnung und Besetzung von Führungspositionen herzustellen. Ihr seht: Es wartet viel Arbeit auf die AfA.

SPD fordert Gipfel zur Zukunft der Offenen Ganztagsschule

Der Lehrerverband Bildung und Erziehung (VBE) hat in den letzten Wochen vermehrte Anstrengungen zur Steigerung der Qualität in den Offenen Ganztagsschulen (OGS) gefordert. Ich teile die Einschätzung des VBE, dass es einer Qualitätsoffensive in den OGS bedarf. Im Rahmen eines Landtagstalks der SPD-Fraktion mit Expert*innen im Februar haben wir unsere Ziele formuliert.

Um eine Qualitätssteigerung zu erreichen, gehören alle Akteur*innen an einen Tisch. Deshalb haben wir als SPD-Landtagsfraktion auch Mitte März einen Antrag auf schnelle Einberufung eines OGS-Gipfels in den Landtag eingebracht. Das Land hat schon einmal gute Erfahrungen mit einem solchen Vorgehen gemacht. Im Zuge des Ausbaus der U3-Betreuung hat die damalige Ministerin Ute Schäfer alle Akteur*innen zusammengeholt und so mit allen Beteiligten für ein gutes Ergebnis gesorgt. Gemeinsam mit dem Land, den Kommunen, den Schulen, den Eltern, den Trägern des Ganztags und der Jugendhilfe kann der qualitative und auch der quantitative Ausbau des Ganztags erfolgen. Deshalb fordern wir einen weiteren OGS-Gipfel. Die Zeit bis zu einem Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz, der ab 2025 gilt, muss gut genutzt werden. Es geht dabei sowohl um Konzepte wie auch um die finanziellen und baulichen Fragen. Die SPD-Landtagsfraktion ist dort zur Mitarbeit bereit. Wir arbeiten schon seit Beginn der Legislaturperiode an diesem Thema und werden noch im Frühjahr ein geschlossenes Konzept vorlegen. Die quantitativen Startbedingungen in NRW sind im Vergleich zu anderen Bundesländern gut, wir haben eine Versorgungsquote von 40 Prozent, was etwa 315.000 Plätzen entspricht. Uns geht es aber vor allem auch um den Ausbau der Qualität. Denn das ist ein wesentlicher Beitrag für mehr Chancengleichheit. Darum muss es allen gehen, denen an einer guten Bildung unserer Kinder gelegen ist.

SPD stellte Konzept zur Kita-Finanzierung vor

Die SPD-Landtagsfraktion NRW setzt sich weiterhin für gebührenfreie Kitas ein, um die Familien zu entlasten. Vor allem der Wohnort entscheidet derzeit darüber, wie viel Eltern für die Bildung und Betreuung ihrer Kinder bezahlen müssen. Eltern mit ähnlicher finanzieller Leistungsfähigkeit werden von Kommune zu Kommune bei der Gebührenerhebung unterschiedlich behandelt. Während einige Kommunen bereits ab dem ersten Euro Gebühren erheben, werden Eltern andernorts erst ab einem Einkommen von 37.000 Euro zur Kasse gebeten oder gänzlich von Gebühren befreit (Dortmund erhebt Beiträge ab 18.000 Euro Jahreseinkommen). Wir als SPD-Landtagsfraktion halten diese Praxis für sozial ungerecht und sind dagegen, dass die Finanzkraft der jeweiligen Kommune über die Gebührenhöhe bestimmt. Die CDU/FDP-Landesregierung nennt dies jedoch eine „große Bandbreite an kommunalen Variationen“. Diese sogenannte Variation

kann einen Unterschied von mehreren tausend Euro im Jahr ausmachen. Hinzu kommt noch eine breite Spanne bei den Kosten für das Mittagessen.
Die rot-grüne Landesregierung hat in der letzten Legislaturperiode die Beitragsbefreiung für das letzte Kita-Jahr durchgesetzt. Genau diesen Weg sollte die aktuelle Landesregierung auch gehen. Wir als SPD werden weiterhin für die Beitragsfreiheit, zunächst in den Kita-Kernzeiten von 30 Stunden, kämpfen. Darüber hinausgehend fordern wir aber auch eine landeseinheitliche und sozial gerechte Elternbeitragstabelle. Der bestehende Flickenteppich und auch die Ungleichbehandlung der Eltern im Land müssen verschwinden.
Zudem setzen wir uns für eine Sockelfinanzierung für die Kitas ein. Diese soll die Gesamtkosten für die Zahl der Regelplätze in einer Kita im Umfang von mindestens 30 Stunden decken. Hiervon soll das Land 70 Prozent der Finanzierung übernehmen. Der Sockel soll Kommunen und Träger in ihren Finanzierungsanteilen entlasten und Eltern von den Gebühren befreien. Ergänzt würde dieser Sockel um einen belegungs-, einrichtungs- und sozialindexbasierten Zuschuss je Kind, der die weiteren Kosten deckt und ungleiche Voraussetzungen in den Kitas ungleich behandelt. An diesem Zuschuss soll sich das Land finanziell wie bisher mit ca. 35 Prozent beteiligen. Ziel dieses neuen Finanzierungsmodells ist es, die Qualität in der frühkindlichen Bildung vor allem durch einen besseren Personalschlüssel zu erhöhen.

Kinder- und Jugendförderplan NRW: Landesregierung verpasst Chance auf nachhaltige Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit

Im Januar 2017 traf sich die SPD-Landtagsfraktion mit ca. 200 Teilnehmer*innen, um über die Ausrichtung des Kinder- und Jugendförderplans in NRW in den kommenden Jahren zu diskutieren. Die Jugendverbände forderten, den Kinder- und Jugendförderplan um 20 Prozent zu erhöhen. Eine Forderung, die wir damals wie heute unterstützen.
Nach Amtsantritt 2010 hat die rot-grüne Landesregierung, nach drastischen vorherigen Kürzungen durch Schwarz-Gelb, die Mittel auf 100 Millionen Euro aufgestockt. 2017 gab es eine weitere Erhöhung um neun Millionen Euro. Für uns war das ein wichtiges Signal an Verbände und andere Akteur*innen der Kinder- und Jugendarbeit, dass wir ihre Arbeit nicht nur würdigen und schätzen, sondern auch bereit sind, dafür die notwendigen Mittel einzusetzen. Hintergrund dessen ist, dass die offene Kinder- und Jugendarbeit überdurchschnittlich Kindern und Jugendlichen aus sozial belasteten Familien mit niedrigem Bildungsniveau zu Gute kommt und so als Lernort der Lebensbildung wirkt. Im Oktober 2017 hat die SPD-Landtagsfraktion in einem Antrag gefordert, den Kinder- und Jugendförderplan um 20 Prozent auf 130,8 Millionen Euro zu erhöhen. Damit sollten die vielfältigen Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Nordrhein-Westfalen gleichzeitig verstetigt und auskömmlich finanziert werden. Auch hätte das Geld gereicht, um neue und innovative Methoden zu ermöglichen. CDU und FDP haben dem leider nicht zugestimmt.
Am 07.02. hat nun die schwarz-gelbe Landesregierung einen neuen Kinder- und Jugendförderplan verabschiedet. Dieser ist um 10 Prozent auf 120 Millionen Euro aufgestockt worden. Es ist nicht das, was wir uns wünschen und für eine gute Kinder- und Jugendarbeit für notwendig empfinden. Denn selbst diese Erhöhung der Landesmittel bedeutet zunächst nur, dass die Kostensteigerungen der letzten Jahre einigermaßen abgefedert werden. Für die steigenden Anforderungen und Herausforderungen für die Fachkräfte und Einrichtungen braucht es eine Erhöhung der Ressourcen - personell wie finanziell.

Weiterentwicklung des Integrationsplans: NRW soll weiter Vorbild für erfolgreiche Integration bleiben

2016 hat die rot-grüne Landesregierung einen ganzheitlichen und voll umfänglichen Integrationsplan für geflüchtete Menschen in NRW eingebracht und umgesetzt. Dieser Integrationsplan muss auch in der neuen Legislaturperiode fortgeführt und weiterentwickelt werden, wie wir als SPD-Fraktion finden. Im Januar 2018 hatten wir hierzu eine Anhörung mit Expert*innen, die gezeigt hat, dass NRW bundesweit nach wie vor eine Vorreiterrolle bei der Integration einnimmt. Als erstes Bundesland haben wir im Jahr 2016 gemeinsam mit öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in einem nachhaltigen Ansatz eine Gesamtstrategie entwickelt, die Geflüchteten eine erfolgreiche Integration ermöglicht, ohne dabei schon in NRW lebende Migrant*innen und die Mehrheitsgesellschaft aus dem Blick zu verlieren.

Alle Expert*innen waren sich darin einig, dass es einer übergeordneten Strategie zur Integration bedarf, für die mit dem Integrationsplan ein entscheidender Grundstein gelegt wurde. Mit den Kommunalen Integrationszentren wurde eine bundesweit einmalige integrationspolitische Infrastruktur geschaffen. Zudem wurde die Zahl der landesweiten Servicestellen für Antidiskriminierung von fünf auf 13 Stellen ausgebaut. Aus unserer Sicht muss mit den Erfahrungen, die seit der Umsetzung des Integrationsplanes gemacht wurden, dieser Weg fortgeführt und weiterentwickelt werden. Dabei muss der zukünftige Fokus auf der Integration in Arbeit liegen.

Wir als SPD-Fraktion haben deshalb einen Antrag zu einer Fortführung und Weiterentwicklung des Integrationsplanes eingebracht. Im Familienausschuss, dem ich angehöre und der den Antrag mitberaten durfte, wurde dieser leider mit den Stimmen von CDU, FDP und AfD abgelehnt.

Staatssekretärin Güler besuchte Kommunales Integrationszentrum in Dortmund

Am 23. Februar besuchte die neue Staatssekretärin für Integration Serap Güler das Kommunale Integrationszentrum MIA-DO-KI der Stadt Dortmund, um sich über die Arbeit in Dortmund zu informieren. Dortmund lebt seit vielen Jahrzehnten Integration und ist immer wieder Vorbild für andere Kommunen und die Integrationspolitik des Landes. Auch der rot-grünen Landesregierung war das Thema Integration immer ein wichtiges Anliegen: Integrationsgesetz, Einführung der Kommunalen Integrationszentren, Stärkung des Landesintegrationsrates, verpflichtende Integrationsräte in allen Kommunen, Dialog mit den muslimischen Verbänden und die Aufstellung eines Integrationsplans während des hohen Flüchtlingsaufkommens waren die wichtigsten Themen.
Die neue Landesregierung hat sich dagegen noch nicht in das Thema eingefunden. Der Dialog mit den muslimischen Verbänden ist eingeschlafen und die Integrationsräte sollen nach Wünschen von CDU und FDP zukünftig nur noch freiwillig von den Kommunen eingerichtet werden

müssen. Wie auch schon bei der Blockierung des Kommunalwahlrechts für hier langjährig lebende Migrant*innen in 2017, schließt Schwarz-Gelb diese Menschen damit von der politischen Teilhabe aus. Der Landesregierung ist es auch noch nicht gelungen, ein vertrauensvolles Verhältnis zum Landesintegrationsrat aufzubauen. Bei der Weiterentwicklung der Integrationspolitik ist die Landesregierung ohne Konzept. Man will ein Einwanderungsgesetz, hat aber keine Ideen, wie dieses ausgestaltet werden soll. Der Abbau der immer noch hohen Bildungsungerechtigkeit bei Migrantinnen und Migranten wird erst gar nicht aufgegriffen.

Arbeitsminister Laumann opfert Produktionsschulen für gescheitertes Werkstattjahr

Mit meinen Dortmunder Abgeordnetenkollegen Volkan Baran und Nadja Lüders habe ich einen Standort der Produktionsschulen von dobeq, Werkhof, GrünBau und Stadt Dortmund. Die Mitte-Rechts-Regierung im Land will die Förderung für die Produktionsschulen, in denen junge Menschen mit einer problematischen Perspektive auf den Arbeitsmarkt vorbereitet werden, stoppen und durch das Werkstattjahr ersetzen. Nur, dass dieses in der Vergangenheit bereits gescheitert ist: zu viele Abbrecher (über 50%), zu wenig positive Übergänge in Arbeit (2010: 5,6%). Ein Skandal!

Die Produktionsschule, ein Konzept aus Skandinavien, das Rot-Grün eingeführt hatte, war da wesentlich erfolgreicher: im Programmjahr 2015/16 hatten 68% der Teilnehmer*innen, die bis zum Ende dabei blieben, eine positive Anschlussperspektive. Bei denen, die vorzeitig aus dem Programm ausschieden, immerhin 35%. In Dortmund wurden im Programmjahr 2016/17 54% aller Teilnehmer*innen positiv in Arbeit, Ausbildung oder andere Bildungsangebote vermittelt.

Arbeitsminister Karl-Josef Laumann will nun aus ideologischen Gründen das Werkstattjahr wieder zur Regel machen. Leider ohne an die Interessen der Betroffenen zu denken. Nach dem Motto „Privat vor Staat“ sollen sie nun statt in sozialpädagogisch betreuten Einrichtungen in der freien Wirtschaft ein Praktikum machen, ohne angemessen darauf vorbereitet zu werden. Die sozialpädagogische Betreuung wird zurückgefahren. Ich bin gespannt, wie lange Handwerk und Industrie bereit sind, das mitzumachen.

Problem ist auch, dass das Werkstattjahr im Vergleich zur Produktionsschule sich nur an unter 20-Jährige wendet. Für Menschen zwischen 20 und 25 schafft Minister Laumann eine Angebotslücke. Genauso wie für geflüchtete Menschen, die für den deutschen Arbeitsmarkt eine Orientierung brauchen. Außerdem ist das Werkstattjahr auf ein Jahr begrenzt, wer bis dahin nicht fit für den Job ist, muss selber sehen, wo er bleibt – oft also HartzIV lebenslang. Das Programm Produktionsschule ist dagegen gezielt darauf ausgelegt, jungen Menschen die Zeit zu geben, die sie brauchen, um fit für den Arbeitsmarkt zu werden.

Mehr Qualität für die Familienzentren gefordert

Frohe Kunde: Dortmund erhält finanzielle Mittel für sieben neue Familienzentren. Das hört sich gut an, wir brauchen aber auch eine Verbesserung der Qualität, die ohne weitere zusätzliche finanzielle Mittel nur schwierig umzusetzen ist. Deshalb haben wir als SPD-Fraktion beantragt, den jährlichen Zuschuss für die Familienzentren von 13.000 Euro auf 15.000 Euro zu erhöhen. Für Familienzentren in benachteiligten Stadtteilen sollte der jährliche Zuschuss sogar 16.000 Euro betragen.
Familienzentren sollen Eltern den Zugang zu niedrigschwelligen Unterstützungsangeboten erleichtern. Mit der Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren trägt das Land zu einer erweiterten Unterstützungsstruktur für Kinder und Eltern bei, um den wachsenden Herausforderungen an den Familienalltag zu begegnen. Vor allem in benachteiligten Gebieten, die oft von einer unzureichenden Infrastruktur und von Armut geprägt sind, können die Familienzentren dazu beitragen, Handlungsstrategien zu entwickeln, die die gesellschaftliche Teilhabe benachteiligter Familien fördern und damit einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit leisten.

Besuchergruppen im Landtag

Auch in den letzten Wochen und Monaten durfte ich wieder Gäste im Landtag begrüßen. Im Januar besuchte mich die 9. Klasse des CJD-Berufskollegs in Kley. Im März kamen engagierte

Frauen aus Dinslaken in den Landtag und diskutierten mit der grünen frauenpolitischen Sprecherin Josefine Paul und mir über Gleichstellungspolitik. Außerdem ist mittlerweile das Video des Inklusionsprojektes NoCase, die im Dezember im Landtag einen Film gedreht haben, online.

Video vom Landtagsbesuch von NoCase: https://vimeo.com/248451550

Obdachlosigkeit: Wir brauchen dringend einen Wandel in der Sozialpolitik

Das Thema Obdachlosigkeit hat in diesem Winter in Dortmund für Aufsehen gesorgt, nicht nur in der konservativen Presse. Bereits im letzten Jahr wurde ich gefragt, ob ich die Schirmherrschaft über ein Benefizkonzert von Pro Dortmund e.V. übernehme. Unter dem Motto „Ich mach mein Ding“ gab es Anfang Februar einen tollen Kulturabend im Fritz-Henßler-Haus mit der Udo-Lindenberg-Cover-Band Panische Saiten, Gedichten von Rose Ausländer und Walter Liggesmeyer, vorgetragen von Claus-Dieter Clausnitzer und Musik von Christoph Nitz aus dem Hansa-Theater. Über die ausverkaufte Veranstaltung wurden Spenden in Höhe von 5.700 Euro für die Wohnungsloseninitiativen Gast-Haus, ObdachlosenKaffee St. Reinoldi und das Bodo-Straßenmagazin erzielt.
Im Vorfeld des Konzerts habe ich im Februar das Gast-Haus an der Rheinischen Straße besucht. Hier wird sichtbar, dass es viele Menschen in Dortmund gibt, die vom sozialen Netz unseres Sozialstaates nicht aufgefangen werden. Wer obdachlos ist, ist ganz unten angekommen und kommt dort ohne Hilfe nicht raus. Das Gast-Haus bietet mit Hilfe eines großen Netzwerks ehrenamtlicher Helfer*innen und Unterstützer*innen ein umfangreiches Beratungsangebot, medizinische Versorgung, Begegnung, kulturelle Angebote, seelsorgerische Betreuung, frische Kleidung und ein Frühstück an.

Im März habe ich dann auch ein Tagespraktikum beim ObdachlosenKaffee St. Reinoldi gemacht. Die evangelischen und katholischen Kirchengemeinden laden in den Wintermonaten im Wechsel Obdachlose und andere Menschen in Armut in ihre Gemeinden ein, fünfmal im Jahr ist das ObdachlosenKaffe in der Reinoldikirche mit dabei. Es gibt belegte Brötchen, Kuchen, Essensspenden und auch hier wieder Kulturelles und Begegnung. Dieses Mal kamen 150 Gäste. Und wer mitbekommt, wie sich Menschen dort über ein einfaches Brot, das man ihnen für die nächsten Tage mitgibt, freuen, der merkt erstmal, wie viel bittere Armut es in unserer Gesellschaft gibt. Wir brauchen dringend einen Wandel in unserer Sozialpolitik!

Ortstermin an der Kreisstraße

Seit 1975 ist Holzen getrennt. Ein Teil des Orts liegt in Schwerte, der andere in Dortmund. Getrennt sind die beiden Ortsteile zudem durch die Autobahn 1. Die einzige Verbindung ist eine stark befahrene Landstraße, die keinen Geh- und Radweg hat. Mit den SPD-Ortsvereinen Dortmund-Holzen und Schwerte-Holzen und meinem Abgeordnetenkollegen Hartmut Ganzke, der seinen Wahlkreis in Schwerte und Unna hat, habe ich mir die Situation bei einem Ortstermin angeschaut. Anhand der Spuren im Boden konnten wir feststellen, dass hier Fußgänger*innen, Radfahrer*innen regelmäßig einen Trampelpfad entlang der Straße nutzen. Das ist eine sehr gefährliche Situation. Hartmut und ich haben uns daher im Anschluss an den Landesbetrieb Straßen.NRW gewandt, um in Erfahrung zu bringen, welche Pläne es für einen Fuß- und Radweg in der Vergangenheit gab und wieso diese nicht umgesetzt wurden. Unser Appell: Straßen.NRW soll für eine Lösung der Situation einsetzen.

Ein würdevoller Ort für sterbenskranke Kinder

Das Hospiz in Westrich ist eine Vorzeigeeinrichtung in Dortmund. Mit viel bürgerschaftlichem Engagement und der großen Durchsetzungskraft von Elisabeth Grümer wurde hier ein würdevoller Ort für Menschen geschaffen, die an einer nicht heilbaren Krankheit leiden. Seit einigen Monaten gibt es die Idee, neben dem Hospiz ein eigenes Hospiz nur für Kinder und Jugendliche zu errichten. Hospize sind für diese Zielgruppe sehr selten und im östlichen Ruhrgebiet gar nicht vorhanden. Im Februar wurden hierzu die Pläne vorgestellt. Mit viel Liebe zum Detail wird hier ein ähnlich passender und würdevoller Ort geschaffen, an dem Kinder, Jugendliche und ihre Familien Ruhe und Kraft finden können. Wir haben auch einen Förderverein gegründet, der um Spenden und Fördergelder werben will. In diesem Förderverein bin ich stellvertretende Vorsitzende.

Zurzeit läuft ein Wettbewerb, über den ein passender Name und ein Logo für das Kinderhospiz gefunden werden soll. Mit ca. 200 Vorschlägen, die meisten von Kindern selbst, ist die Beteiligung weitaus höher als wir erwartet hatten. In Kürze werden wir alle Teilnehmer*innen einladen und den/die Gewinner*in küren. Auch der Lions Club unterstützt uns mit einem Benefiz-Abend mit Dortmunder Künstler*innen am 28. April, 19.00 Uhr im Kinder- und Jugendtheater, Sckellstr. Karten für 39 Euro gibt es unter brief@lions-dortmund-fluxa.de.

Neue Vorsitzende des JVA-Beirats

Seit Januar bin ich Vorsitzende des Beirats der Justizvollzugsanstalt Dortmund. Der Anstaltsbeirat ist eine gesetzlich vorgeschriebene Institution, die eine „Brücke“ zwischen dem Vollzug und der Gesellschaft außerhalb der Mauern einer Haftanstalt darstellt. Um dieser Brückenfunktion gerecht zu werden, treffen sich die Mitglieder des Beirats monatlich in der JVA und lassen sich über aktuelle Entwicklungen der Haftanstalt informieren. Die

Beiratsmitglieder unterstützen die Anstaltsleitung durch Anregungen und Verbesserungsvorschläge und helfen bei der Eingliederung der Gefangenen nach deren Entlassung. Gefangene können sich mit Anliegen an den Beirat wenden.

Neues aus dem Wahlkreisbüro

Seit kurzem verstärken Ute Cüceoglu und Jan-Joschka Pogadl mein Mitarbeiterteam. Ute Cüceoglu ist im Wahlkreisbüro Ansprechpartnerin für Bürger*innen und zuständig für die Terminkoordination. Jan-Joschka Pogadl wird sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Kinder-, Jugend- und Familienpolitik und mit Wahlkreisthemen beschäftigen. Mein Büroleiter Martin Schmitz ist Ansprechpartner in frauenpolitischen Fragestellungen und betreut ebenfalls Wahlkreisthemen. Zudem ist er für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Unsere neuen Büroöffnungszeiten im Wahlkreisbüro am Brüderweg lauten:

Mo., Mi. und Fr.: **8.30-14.30 Uhr**
Di. und Do.: **8.30-17.00 Uhr**

Im Wahlkreis unterwegs

Auch in den letzten Monaten war ich wieder viel im Wahlkreis unterwegs, um mich mit den Menschen auszutauschen und über meine Arbeit im Landtag zu berichten. Hier eine Liste meiner Termine:
Aushilfe beim Weihnachtsmarktstand der AIDS-Hilfe Dortmund, Neujahrsempfang Ruhr-Nachrichten, Winterfest Schaustellerverband Rote Erde, Gespräch der SPD-Landtagsfraktion im Polizeipräsidium Dortmund, Eröffnung der Geschäftsstelle des Evangelischen Kirchentags, Gespräch mit Anwohner*innen der Godefriedstraße in Wellinghofen, Beirat SPD UB Dortmund, Jubilarehrung SPD OV Eichlinghofen, Neujahrsempfang AWO OV Bittermark, Fachfraktion Familie, Kinder und Jugend der SPD-Ratsfraktion, Gründungsversammlung des Fördervereins Kinderhospiz Westrich, Warnstreikkundgebung IG Metall bei ThyssenKrupp Rothe Erde, Besuch des GastHaus statt Bank, Neujahrsempfang der Ratsfraktion DieLinke/Piraten, Neujahrsempfang SPD SB Lütgendortmund/Marten, Mitgliederversammlung Förderverein Gedenkstätte Steinwache/Internationales Rombergparkkomitee, Klausur SPD OV Hörde Süd, Benefizkonzert „Ich mach mein Ding“, UB-Konferenz SPD-AG Migration & Vielfalt, Ortstermine Kreisstraße in Holzen, Video-In-

terview mit MyTideTV von AfricanTide, Besuch von Staatssekretärin Serap Güler beim Kommunalen Integrationszentrum MIA-Do-KI, Jubilarehrung SPD OV Brünninghausen, Meisterfeier Handwerkskammer Dortmund, Jahresempfang AsF UB Dortmund, Jahresversammlung AWO OV Brünninghausen, Veranstaltung des Gleichstellungsbüros zum Internationalen Frauentag, Infostände zum Internationalen Frauentag und Equal Pay Day in Lütgendortmund, Hombruch und Hörde, Podiumsdiskussion auf der Internationalen Frauenwoche (100 Jahre Frauenwahlrecht) von AfricanTide, Klausur des SPD OV Lütgendortmund, Vortrag im AWO OV Berghofen, Vortrag bei der IG Metall Ortsgruppe Hörde/Wellinghofen, Jahreshauptversammlung AG Dortmunder Frauenverbände, Jahreshauptversammlung SPD OV Persebeck, Veranstaltung zum Equal Pay Day, Tagespraktikum beim ObdachlosenKaffee St. Reinoldi, Vorstand SPD SB Hörde, Besuch der Produktionsschule in Lindenhorst, Mitgliederversammlung SPD UB Dortmund, Eröffnung Osterkirmes.